

Auf dem Weg in eine Gesellschaft ohne Staat? Über politische Ordnungsprobleme in der postmodernen Bürgerwelt

Prof. Dr. Sven Papcke, geb. 1939 in Hamburg, Studium der Geschichte und Soziologie in Hamburg und London, lehrt seit 1974 Soziologie an der Universität Münster.

„On all great subjects much remains to be said“
John Stuart Mill

Versetzen wir uns in das Frühjahr 1981. Die Ära der sozialliberalen Koalition nähert sich ihrem Ende. Großdemonstrationen gegen die Startbahn West auf dem Frankfurter Flughafen erregen die Gemüter ebenso wie die Szene der Hausbesetzer in fast allen Großstädten. In diesen hektischen Tagen erklärt sich der Innenminister Gerhart Baum bereit, an einer Veranstaltung in der Ruhr-Universität Bochum teilzunehmen - ein Treffen, das für ihn zum Alptraum geworden ist. Die geplante Podiumsdiskussion wird zum Tribunal für den Politiker „umfunktioniert“, wie man das damals nannte, seine Mitdiskutanten sind vom Publikum nicht mehr gefragt. Angestrahlt von Scheinwerfern wird der Bonner Minister hingegen pausenlos verhört. *Er* solle gefälligst Rede und Antwort stehen, schließlich repräsentiere *er* das Establishment.

In die Ecke getrieben und angesichts der erregten Menge wohl auch eingeschüchtert, versucht der FDP-Politiker die Vorwürfe abzuwehren: „Der Staat, der Staat“, ruft er in den Saal, „der Staat, das sind wir alle. Sie doch auch!“ Darauf erhebt sich im weiten Rund des Auditorium Maximum ein Gebrüll, das der damals 49jährige Baum so schnell nicht vergessen haben wird. Der empörte Aufschrei der jugendlichen Besucher besteht aus einem einzigen, langgezogenen „Nein“.

Es sind schwierige Zeiten. Die außenpolitische Lage hat in Gestalt der Friedensbewegung die Innenpolitik aufgeheizt, die westliche Nachrüstung mit

Mittelstreckenraketen läßt das Wort *Angst* zum internationalen Lehnwort werden - um von der modischen *Betroffenheit* ganz zu schweigen, die den Zeitläuften einen gesinnungsethischen Zungenschlag verleiht. Die Wirtschaft stagniert, überall muß gespart werden. Überdies ist viel vom „Sicherheitsstaat“¹ zu hören, nachdem der hausgemachte Terrorismus im Gegenzug eine beachtliche Aufrüstung der staatlichen Kontrollorgane bewirkte. Keine Frage, die Epoche befindet sich in den Nachwehen jener „Protestgesellschaft“ (München 1992), der Harry Pross einen wehmütig klingenden Erinnerungsband gewidmet hat.

Der Kommunikationswissenschaftler Pross befaßt sich zu Recht mit der merkwürdigen Beziehung, die seither zwischen Aufmerksamkeit und Protest zu beobachten ist. Scheint doch Aufmüpfigkeit in unserer Mediengesellschaft die Voraussetzung dafür zu sein, daß man überhaupt wahrgenommen wird. Und wenn etwas, dann ermöglicht einzig die Daueraufmerksamkeit der Medien, daß sich Interessen oder Ziele, die nicht parteigebunden daherkommen, auch durchsetzen lassen.

Staatsdistanz

Mit der sprichwörtlichen „Wende“ von der sozial-liberalen zur liberal-konservativen Koalition in Bonn beruhigte sich der Zeitgeist wieder, vor allem schien die Konjunktur der Widersetzlichkeit abzuflauen. Obschon freilich der in Bochum spürbare Haß auf die Obrigkeit nach und nach in die Randale abwanderte, die sich -wie jahrelang die Unke Szene in Kreuzberg oder neuerdings die Rechten in Rostock und anderswo² - seither mit der Polizei herumprügelt, scheint so etwas wie Staatsdistanz in der Bevölkerung insgesamt überlebt zu haben. Doch machen wir damit nicht einen schwerwiegenden Fehler?

In diesem Zusammenhang geht es ja längst nicht mehr um die Pflege des Ideals vom „ästhetischen Staat“, den Schiller³ einst der Nation schmackhaft zu machen versuchte, weil allein in ihm „der Wille des Ganzen“ walte. Mittlerweile stellen sich banalere Fragen. Etwa die, ob die Gegenwart es sich tatsächlich leisten kann, ohne ein wie immer geartetes „antiegoistisches Zentrum“ (Ernst Troeltsch) auszukommen, wie man den Staat hierzulande traditionellerweise benannt hat⁴ als Garanten einer auf das Gemeinwohl bezogenen und daher volksfürsorglichen Politik?⁵

1 Vgl. die zeittypischen Strategieüberlegungen von Horst Herold, bis 1981 Präsident des Bvmdeskriminalamt.es: „Krise des Sicherheitsgefühls, nicht der Sicherheitslage“, Frankfurter Rundschau vom 03. 05.1979. S. 10 f.; dazu H. M. Enzensberger, „Der Sonnenstaat des Doktor Herold“, Der Spiegel Nr. 25 (1979), S. 68 ff.

2 Obschon mit Blick auf den anhaltenden und mittlerweile landesweiten Terror gegen Asylbewerber wohl von einer neuen sozialen Bewegung zu sprechen war, deren Dramatik sich nicht nur aus der Gewalttätigkeit, sondern vor allem aus ihrer Jugendlichkeit ergab.

3 Ueber die ästhetischer Erziehung des Menschen, in einer Reihe von Briefen, Sämtliche Werke in 12 Bänden, Band 12 (Stuttgart/Tübingen 1838), S. 130/131.

4 Dazu Alfred Müler-Armack, Genealogie der Wirtschaftsstile, Stuttgart 1944; Ernst Michel, Sozialgeschichte der industriellen Arbeitswelt, Frankfurt/M. 1953.

5 Eigentlich nicht, hält man sich etwa die von Renate Mayntz unter dem Titel „Verbände zwischen Mitgliederinteressen und Gemeinwohl“ (Gütersloh 1992) herausgegebene Studie über die Vorherrschaft des Egoismus vor Augen. Zur gleichen Zeit, als Innenminister Baum als Staatsvertreter an einer deutschen Universität unter

Ist eine „Aequationsformel aller besonderen Interessen“ wirklich entbehrlich, in deren Sinne laut Friedrich Ancillon⁶, einem Zeitgenossen Hegels, der Staat im ebenso allfälligen wie unplanbaren Chaos gesellschaftlicher Differenzen, wirtschaftlicher Wechselfälle, technologisch-wissenschaftlicher Dynamiken und kultureller Wellen unbeirrt den Gemeinwohl vertreten muß?

Stimmungsumschwung

Der verbreiteten Staatsprüderie blieb verborgen, daß die Vielfalt gesellschaftlicher Entscheidungszentren immer schwieriger aufeinander abgestimmt werden konnte. Diese Kommunikationsprobleme haben nicht wenige Beobachter dazu veranlaßt, seit längerem von einer „Erosion der Staatlichkeit“ (Fritz Scharpf) zu sprechen. Jedoch schien der Staat als Gewaltmonopolist nach den Erfahrungen mit dem Dritten Reich verdächtig, auch stand er der populären Losung von der Selbstverwirklichung im Wege. So jedenfalls empfanden die Bürger bislang, mittlerweile ist das Pendel offensichtlich umgeschlagen. Nicht nur eröffnet die modische Vision von der Selbstbestimmung ganz neue Unwägbarkeiten, obschon Walter Stadelmann⁷ mit der salvatorischen Formel „Freiheit + Eigenverantwortung = Wohlstand“ noch immer die gültige Blaupause für eine gedeihliche Zukunft zu besitzen vorgibt.

Machen diese Zutaten aber wirklich unser Wohlbefinden aus? Gehören zum Traumbild vom „Wohlstand für alle“ nicht noch ein paar andere Dinge? Etwa die Erhaltung der Chancengleichheit und die Pflege der Bildungsmöglichkeiten? Oder passable Infrastrukturen? Aber auch eine gelingende, mithin wirklich kompensatorische Umverteilung? Das alles und vieles mehr sind jedoch Bedingungen, die nur durch die Gesamtheit zu sichern sind, für die also der im Staat präzente „Gemeindrang“ (Goethe) vonnöten ist, aber auch der öffentliche Wille zur Gerechtigkeit.

Hält man sich neuere Untersuchungen über die Ausbreitung von Ungleichheit und Asozialität als Folge des staatlichen Interventionsverzichts vor

Anklage stand, hat der ebenso nüchterne wie einsichtige Robert Dahl an Defizite der heutigen Politik erinnert. In seinen „Dilemmas of Pluralist Democracy“ (New Haven 1982) nennt der amerikanische Politologe unter anderem die Verfestigung von Machtstrukturen, die Kurzatmigkeit der öffentlich-zugelassenen Problembewertung, weiter den Verlust an politischen Kontroll- und damit auch Korrekturmöglichkeiten * sowie - vor allem - die Deformierung des „civic consciousness“, was soviel heißt, daß der Moderne das Allgemeinwohlbewußtsein abhanden kommt. Diese Komplikationen stehen in Verbindung mit der Tatsache, daß der Staat seit längerem am Pranger steht, so daß seine Funktion als Regulator interessenübergreifender Belange mehr und mehr aus dem Blick gerät. Das wiederum hat nicht nur damit zu tun, daß die Effekte der Wohlfahrtspolitik einen Individualisierungsschub bewirkt haben, der die Epoche auf Selbstständigkeit verpflichtet, so daß die kollektiven Voraussetzungen des eigenen Wohlbefindens aus dem Blick treten. Hinzu kommt, daß der Staat allzu leicht mit big government verwechselt wird, so daß in einer merkwürdigen Verdrehung von Ursache und Wirkung der Mitwelt große Angst bereitet, was doch einmal gedacht war als wesentliches Instrument zur gesellschafts-kongruenten Angstkontrolle. Wie immer, wenn es in der Öffentlichkeit um den Staat ging/geht, wissen wir schon, daß es gegen den Staat ging/geht. Vertrauen (nicht nur) in die Instanzen/ Institutionen war und ist Mangelware, und das betrifft auch die Beamten als Sachwalter der Gemeinbelange, deren Redlichkeit laut Allensbach (zit. nach Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. 09.1992, S. 10) 55 Prozent der Mitbürger nicht länger über den Weg trauen.

⁶ Staatswissenschaft, Berlin 1820, S. 110.

⁷ Ursachen von Wohlstand und Armut. Eine Untersuchung von wirtschaftlichen Einflußfaktoren, München 1992, S. 111 ff.

Augen, so wird dieser Zusammenhang deutlich. Der erschütternde Bericht von Robert Wilson⁸ über die endemische Armut im England der Nach-Thatcherzeit unterstreicht die Notwendigkeit einer Interventionsinstanz. Oder man denke an die Herrschaft der Satten über die amerikanische Risikogesellschaft, die von John Kenneth Galbraith geradezu als „Die Kultur der Zufriedenheit“ (Hamburg 1992) beschrieben worden ist. Doch auch bei uns kriselt es kräftig, wie es nicht nur Gabi Gillen und Michael Möller in ihrer unter dem Titel „Anschluß verpaßt“ (Bonn 1992) publizierten Untersuchung über die stetig steigende Verelendung und die entsprechende Ausbreitung von Deprivationskernen in ganz Deutschland gezeigt haben.

Gesellschaften können schwerlich ohne die Fähigkeit zur Selbstregulation gedeihen. Und ohne intakte Sozialökologie gelingt auf Dauer auch keine individuelle Selbstverwirklichung! Aber schauen wir über den Tellerrand verbreiteter Mochtegebilder von der Realität,⁹ um die anstehende Wiedergeburt der Staatsdebatte aus dem Geist der Anomie verstehen zu können, die sich abzeichnet.

Überforderungsgesellschaft

Essen, Anfang Oktober 1992: Obwohl sich Industrieausstellungen wegen des Wirtschaftsabschwungs gegenwärtig zumeist ausgesprochen schwertun, haben die Aussteller auf der „Security '92“ keinen Grund zur Klage. Das Geschäft blüht, denn das Verbrechen hat in allen seinen Auswüchsen zugelegt, 1991 wurden hierzulande insgesamt 5,3 Millionen Straftaten registriert.¹⁰ Man rechnet für das laufende Jahr mit einem weiteren Deliktzuwachs von 10 Prozent, und das Sicherheitsbedürfnis nimmt deutlich zu. Auch die nicht abreißen lassen Ausschreitungen gegen Asylanten haben neue Sorgen aufgeworfen nicht nur um die öffentlichen Angelegenheiten, sondern allgemein um die Sicherheit am eigenen Herd.

Hält man sich überdies vor Augen, daß etwa 60 Prozent der verzeichneten Untaten auf Diebstähle entfallen, also hautnah empfunden werden, dann ist vielleicht erklärlich, wieso laut Demoskopie die Verbrechensbekämpfung von der Bevölkerung zu den als ganz besonders wichtig erachteten Politikfeldern gerechnet wird. In den neuen Bundesländern rangiert die Garantie von Leben und Eigentum nach der Arbeitsplatzsuche sogar auf Platz zwei der öffentlich geäußerten Sorgenfelder.¹¹

Offenbar breitet sich ein Gefühl der Unsicherheit aus, nicht nur in unseren Breiten. Die Ordnungskräfte scheinen zu versagen. Übrigens auch deswegen,

⁸ The Dispossessed, London 1992.

⁹ Zur Realitätsverschätzung der Epoche schon Anthony Skülen, Ruling Hlusions: Philosophy and the Social Order, Hassocks/Sussex 1977.

¹⁰ „Die Kriminalität in der Bundesrepublik Deutschland. Polizeiliche Kriminalitätsstatistik für das Jahr 1991“, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 56 (Bonn), 29. 05.1992, S. 525 ff.

¹¹ Vgl. Allensbach (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 08. 04. 1992, S. 4) und Ennid (Der Spiegel Nr. 18 [1992], S. 65).

weil sie nicht einmal mehr als wenigstens symbolische Generalprävention vorhanden sind: Auf den Straßen und Plätzen der Städte treten die Ordnungshüter kaum mehr „in Erscheinung“. Die Bevölkerung fühlt sich im Bereich des lebensweltlichen Sozialschutzes allein gelassen, ihre Polizeikräfte kann sie vornehmlich im Fernsehen beim Staatsschutz besichtigen. Das mag den Verkaufserfolg der Sicherheitstechnik erklären, aber auch die Privatpolizei erfreut sich einer Konjunktur, ebenso wie die Versicherungsvorsorge in diesem Feld.

Angeichts des auf über hundertfünfzig Milliarden Mark im Jahr geschätzten Schadens, den allein die organisierte Kriminalität bundesweit anrichtet,¹² breitet sich berechtigter Zweifel darüber aus, ob die für die Verhinderung beziehungsweise Verfolgung solcher Missetaten zuständigen Einrichtungen noch angemessen sind. Und wie in anderen Lebensbereichen, so fragt man sich auch hierbei: Sind es nur die Unbedarften, die weiterhin die Spielregeln einhalten, derweil die Raffinierten immer ungefährdeter ihr Scherflein als unrechtmäßige Extrachance ins Trockene bringen? Dieser Eindruck entsteht nicht zuletzt deswegen, weil die Behörden wegen personeller und materieller Minderausstattung dem Fehlverhalten ziemlich hilflos zuschauen.

Die Aufklärungsrate von Straftaten ist auf 42 Prozent abgesunken, wobei auch diese geringe Quote wegen der Unterversorgung des Justizapparates noch einen regelrechten Prozeßstau verursacht. Ist mit den Ordnungskräften noch Staat zu machen?

Panikbereitschaft

Aufregung und Besorgnis gibt es gegenwärtig aber keineswegs nur mit Blick auf die zunehmende Unsicherheit - beileibe nicht nur im öffentlichen Raum. Nein, 67 Prozent der Einwohner in den alten und 76 Prozent in den neuen Bundesländern fühlen sich sehr beunruhigt. Eine derartige Nervosität, wie sie seit etwa einem halben Jahr herrscht, hat Allensbach kaum je vermessen können.¹³ Und die Nerven der Deutschen werden offenbar immer dünner, mittlerweile empfinden 85 Prozent die Lage als erschreckend.

Das hat sicherlich verschiedene Gründe. Aktueller Auslöser solcher Irritationen ist neben einem ungehemmten Zustrom von Wirtschaftsflüchtlingen (1000/Tag) vor allem das Gefühl, in der Währungsfrage von der eigenen Regierung an ein fernes EG-Europa ausverkauft zu werden, ohne daß die Bevölkerung um ihre Meinung in diesem mit Blick auf frühere Superinflationen besonders heiklen Thema gefragt würde. Das ist aber längst nicht alles. Ängste entstehen noch aus anderen Gründen. Man denke nur an die Arbeitslosigkeit: Zum ersten Mal seit Jahrzehnten zählt das Land wieder über drei Millionen Menschen ohne Beschäftigung. Und keine politische Kraft vermag (oder auch

12 Hermann Lutz, „Bisherige Methoden reichen nicht“, in: GP-Magazin 10 (1992), S. 37.

13 „Keine Ferienstimmung“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13. 08.1992, S. 5.

will) daran etwas ändern. Man hat sich offensichtlich an diesen Dauerskandal gewöhnt - jedenfalls diejenigen, die nicht direkt von solcher Randständigkeit betroffen sind. Dabei droht sich das Sozialklima durch das Fortwähren derartiger Unzuträglichkeiten zu verhärten. Unmerklich schwindet das Gerechtigkeitsgefühl, das zu allen Zeiten ohnedies eine knappe Ressource ist.

Beunruhigend wirken aber noch weitere Umstände. Man halte sich die steigende Staatsverschuldung im Zusammenhang mit den unabsehbaren Kostenbergen vor Augen, welche uns die Wiedervereinigung beschert hat. Jedermann ahnt mittlerweile, daß der Bevölkerung hüben wie drüben die Rechnung dafür erst noch vorgelegt werden wird: Rund 21 000 DM Staatsschulden muß jeder Deutsche schon heute tragen. Das könnte zur Folge haben, daß für die minderbemittelten Schichten in unserer Zweidrittel-Gesellschaft die Zukunftsperspektiven noch trüber werden.¹⁴

Und während sich solchermaßen Armut und Verzweiflung in der so gerne als superreich verherrlichten Bundesrepublik Deutschland ausbreiten¹⁵ - sogar „politisches Knallgas“ (Franz Steinkühler) ist zu riechen -, entdeckt die Soziologie mit dem Bamberger Empiriker Gerhard Schulz für sich gerade „Die Erlebnisgesellschaft“ (Frankfurt am Main/New York 1992), wie der Titel einer monumentalen Untersuchung zur „Kultursoziologie der Gegenwart“ lautet. Keine Frage, die verzeichneten Trends zum Egoismus sind in der Marktmoderne vorhanden, mit Blick auf die Gegenwart ist seit längerem von einer greed decade (Jahrzehnt der Gier) die Rede. Auch Schulzes Gegenüberstellung neuer Zugehörigkeitsgruppen in der Gesellschaft überzeugt, die jenen Egotripp spiegelt, der unsere Zeitgeistreise momentan stimuliert. Nach dem Grad der Außenlenkung, ihrem Ästhetikkonsum und anderen Modernitätskriterien vermessene Verhaltens- und Stimmungsstile überschneiden sich als Niveau-, Integrations-, Harmonie-, Selbstverwirklichungs- und Unterhaltungsmilieus mit Lagerungen entlang älterer Schicht- beziehungsweise Generationsgrenzen. Das alles ist aufschlußreich, empirisches Material wird freudig ausgebreitet, und doch verstimmt an dieser Arbeit der ideologische Zuschnitt. Was ist damit gemeint? Der Autor ist nicht so naiv, die sozialen Zusammenhänge tatsächlich subjektbestimmt zu verstehen; aber immerhin scheint er davon überzeugt, daß sie nurmehr subjektvermittelt sind. Indem also die „Erlebnisorientierung“ vor der Überlebenssicherung der Menschen im weitesten Wortsinn rangiert, beteiligt auch Schulz sich an der realitätsfernen, aber stimmungshörigen Wolkenschieberei, die sein Fach seit längerem weit mehr zu faszinieren scheint als die Tatsachen des Lebens. Auf denen ruht aber der schon von Richard Sennet als Produkt der Medien/Werbung durchschaute Kinderglaube an eine Selbstverwirklichung ohne Wenn und Aber noch immer.¹⁶

14 65 Prozent der Deutschen finden, wir lebten in einer „Ellbogengesellschaft“, zit. nach Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30. 09.1992, S. 13.

15 In der mittlerweile "vier Millionen Menschen auf Sozialhilfe angepriesen sind, fast 3 Millionen Wohnungen fehlen und sich über eine Million Obdachlose auf der Straße durchschlagen müssen.

16 Verfall und Ende des öffentlichen Lebens. Die Tyrannei der Intimität, Frankfurt/M. 1983, S. 291 ff.

Auch die zur „Gegenwartswissenschaft“ (Karl Mannheim) eigentlich verberufene Soziologie drückt sich zur Zeit um die banalen Realitäten und huldigt statt dessen lieber jener „Aktualität des Ästhetischen“: Ihr wurde vor kurzem in Hannover ein internationaler Kongreß gewidmet, der große Beachtung gefunden hat.¹⁷ Nicht zuletzt diese Abgehobenheit mag den Münchener Soziologen Ulrich Beck zu seiner Forderung nach „antiwissenschaftlicher Wissenschaftlichkeit“ veranlaßt haben, die nicht länger „Erkenntnisverrat“ aus lauter „Wissenschaftsbornierung“ begeht.¹⁸

Im Alltag der Menschen bestimmen immer noch Knappheit, Arbeit und Lebenssorgen die Normalbiographie, selbst wenn man heute viel ungeschützt-individueller mit diesen Herausforderungen fertigwerden muß als früher, nicht zuletzt, weil die Einbettung in feste Bezugsgruppen verloren gegangen ist. Aber auch wenn uns bei weniger Arbeit mehr Geld und Freizeit winkt, so hat doch die „Erlebnisrationalität“ à la Schulz keineswegs die reale Überforderungsgesellschaft abgelöst. Im Gegenteil, sie bedrückt die Zeitgenossen mehr und mehr. Zu solcher Überforderung zählen nicht nur greifbare Belastungen wie Stress, Lärm oder Vereinsamung. Sogar der beschriebene Erlebnishunger selbst ist ihr zuzurechnen, der doch nichts anderes darstellt als die Suche nach Ersatzsinn in einer von Vertrauen, Muße oder Innenlenkung zunehmend verlassenen Moderne.¹⁹ Wäre es nicht viel zutreffender, von einer *Überdrufßgesellschaft* zu sprechen?

Komplikationen

Von den Kunststücken der Soziologie zurück auf den Boden der Tatsachen. Eine Liste der Schwierigkeiten, die heute die Öffentlichkeit beunruhigen, führt noch ganz andere als die genannten Sorgen auf. Etwa Umweltprobleme wären zu nennen, eine zunehmende Anforderungsüberflutung in der Arbeitswelt, aber auch die Erfahrung, daß Privilegien ihre Universalisierung nicht überstehen, so daß der hedonistische Materialismus mit Namen *Konsum* immer weniger Befriedigung stiftet. Um von traditionellen Ärgernissen - etwa den gesellschaftlichen Machtasymmetrien - ganz zu schweigen, die in nach wie vor feststehenden Übervorteilungsstrukturen zum Ausdruck kommen oder sie erhalten, je nachdem. Mit ihnen hat sich Reinhard Kreckel beschäftigt in einer verdienstvollen Studie über die „Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit“ (Frankfurt am Main/New York 1992). Immerhin besitzen nur wenige Prozent der Bevölkerung noch immer über 70 Prozent des hiesigen Produktivermögens, Erlebnisgesellschaft hin oder her.

17 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. 09. 1992, S. 33; Süddeutsche Zeitung vom 11. 09. 1992, S. 12; Die Zeit vom 11. 09. 1992, S. 63.

18 „Die Renaissance des Politischen“, in: Gewerkschaftliche Monatshefte Nr. 10 (1992), S. 596 ff., hier S. 601 f.

19 Laut Helmut Schmidt („Der Kanzler muß handeln“, Der Stern Nr. 45 [1992], S. 49 ff., hier S. 60) sei es versäumt worden, „darauf hinzuweisen, daß es neben den Rechten, die der einzelne hat (. . .), Pflichten gibt, moralische Pflichten; daß es die Tugend der Solidarität gibt (...); daß es Pflichten gibt gegenüber Eltern und Kindern und Nachbarn auch jenseits der Grenzen (...). Es gibt eine sittliche Pflicht, zum Wohl des Ganzen beizutragen“.

Wir haben es in der postmodernen Bürgerwelt von heute also mit einer Überforderung der Menschen durch den rasenden Wandel zu tun, der zu viele Herausforderungen und Risiken bereithält. Man muß unter Berufung auf die „Selbsterstörung der technischen Zivilisation“ sicherlich nicht gleich an eine „Gesellschaft des Verschwindens“ (Hamburg 1992) denken, wie der Titel einer neuen Arbeit des Hamburger Soziologen Stefan Breuer lautet. Aber wenn schon keine „Entropologie“ anstehen mag, also ein durch Entdifferenzierung eintretender Wärmetod der Kultur als Folge der entfesselten Herrschaft des Wertgesetzes, so doch fraglos eine Zumutungsgesellschaft, in der nicht zuletzt aus Mangel an Verlässlichkeit keineswegs nur das elementare Zugehörigkeitsgefühl abnimmt. Die Menschen stellen sich immer öfter die Frage, wozu sie eigentlich noch nütze sind. Dazu verleitet unter anderem jene wachsende *Unübersichtlichkeit* der Sozial- und Lebenswelt, die selbst schon ein Medium der Verwirrung darstellt. Scheinen denn Erwartung und Wahrnehmung nicht immer stärker auseinanderzuklaffen? Nicht zuletzt der schwindende Einfluß auf die Lebensumstände aber erzeugt Angst. Und diese wiederum führt leicht zu Wahrnehmungsverzerrungen - ein ausgesprochen riskanter Kreislauf.

Nachgewiesen ist, daß die Verhältnisse zu keiner Zeit übersichtlicher oder sicherer waren als heute. Sie kamen der Öffentlichkeit aber so vor, und darauf kommt es an. Dieser Anschein der Transparenz hatte früher damit zu tun, daß es in der Gesellschaft noch so etwas wie einen Überschuß an Steuerungskapazität zu geben schien. Und deren Abwesenheit läßt die heutigen Ordnungskomplikationen eigentlich erst richtig zum Strukturproblem werden.

Verdrossenheit

Die Verarbeitungsfähigkeit von Schwierigkeiten und Beunruhigungen aller Art durch die öffentliche Wahrnehmung hängt fraglos mit dem Gefühl der Menschen zusammen, daß Muster der Bewältigung ebenso vorhanden sind wie der Wille zur Abhilfe durch die dazu im Rahmen der innergesellschaftlichen Arbeitsteilung berufenen Mächte. Das mögen mentale Übereinstimmungen oder auch strukturelle Vorgaben sein. Auf alle Fälle aber ist Orientierungs- beziehungsweise Entscheidungskapazität im öffentlichen Handeln gefragt, und zwar um so mehr, je verwirrender die Verhältnisse zu werden drohen. Für die gegenwärtige Lage scheint es nun bezeichnend zu sein, daß jedenfalls in der öffentlichen Meinung gerade solche Verlässlichkeit zur Mangelware geworden ist.

Entsprechend würde es die Bürger schon versöhnen, wenn überhaupt ein bevölkerungsnaher Diskurs über die heutige Problemlawine stattfände, der man sich ausgesetzt sieht. Noch beruhigender wäre es allerdings, wenn auch Maßnahmen anstünden, die den kollektiven Sorgen entgegenkämen, und wären es nur symbolische Schritte in die richtige Richtung.

Davon scheint aber keine Rede zu sein, wenigstens nicht in der Sicht des die Mehrheitsmeinung spiegelnden *Stammtisches*. Da sich die Politik schwerlich

ein neues Volk wählen kann, darf es also nicht verwundern, daß laut Forsa-Institut mittlerweile nurmehr 4 Prozent der Bevölkerung von der Sachkompetenz der Regierungen in Bund und Ländern überzeugt sind. Wohingegen inzwischen über 80 Prozent die Politiker für unfähig halten, die Probleme zu lösen, übrigens nicht zuletzt auch deswegen, weil sie sich nur um die eigene Macht bekümmerten.²⁰

Nun ist Bonn nicht Weimar, und wird es auch nicht werden, trotz des momentanen Politikversagens, denn die Geschichte wiederholt sich nicht. Das vereinte Land ist keineswegs unregierbar, es ist auch längst nicht bankrott, wenn man nur an das Sparvermögen von bald vier Billionen Mark denkt. Der Bevölkerung kommt es dennoch so vor, als ob vieles schief laufe. Nicht zuletzt deswegen hat der CDU/CSU-Fraktionschef Wolfgang Schäuble in der Asyldebatte im Oktober 1992 den Bundestag vor einer Verfassungskrise gewarnt, die sich womöglich zu einem „Staatsnotstand“ mausern könnte.²¹

Und tatsächlich: Was massenhaft für real gehalten wird, das zeigt die fatale Konsequenz, sich auf die Dauer als Wirklichkeit aufzuspielen. Es reicht längst nicht mehr aus, wenn sich die Politikerzunft t lauthals gegen die Vorwürfe der Bestechlichkeit oder auch der Entscheidungs- beziehungsweise Meinungsunfähigkeit wehrt.²² Solche Vorhaltungen sind auch nicht schlichtweg als typisch deutsche, noch dazu intellektuelle Vorbehalte gegen die Volksvertreter abzukanzeln.²³ Die heutige Parteienverdrossenheit führt dazu, daß laut Forsa-Institut inzwischen 35 Prozent der Deutschen nicht mehr zur Wahl gehen wollen. Das ist ohne Zweifel ein Warnsignal an die Politik, die Ursachen für diese Verstimmung abzustellen.

Im Sinne einer Problemlösung geht es bei diesen Streitigkeiten aber um Randerscheinungen. Das Wechselspiel von Politikverdrossenheit und Handlungsschwäche verdeutlicht, daß offenbar beide Seiten - Bevölkerung und Parteien -, wenngleich vielleicht aus unterschiedlichen Gründen, nicht mehr auf der Höhe der Probleme stehen, die sich der Gesellschaftsverwaltung heute stellen. Mittlerweile fragt es sich ja, ob es gemeinsame Interessen der Gesellschaft überhaupt noch gibt? Mithin auch einen Handlungskonsens als öffentliches Gut, um für die nötige Ordnung und Zuträgchkeit der Sozialverläufe zu sorgen? Oder ob solch ein Zentrum im Sinne von Niklas Luhmann nicht mehr vorstellbar sei, weil man „eine funktional differenzierte Gesellschaft nicht auf Politik zentrieren kann, ohne sie zu zerstören“?²⁴

Dieser Schluß läßt sich abstrakt leicht ziehen, was aber dann? Wie weit wird das Ordnungsbedürfnis der Menschen dabei berücksichtigt, das doch erwiese-

20 Inf as-Studie, zit. nach Westfälische Nachrichten vom 21./22. 03.1992, S. 1.

21 Worauf Helmut Kohl sehr zum Unmut der Opposition in einer Rede im Bundestag hingewiesen hat, zit. nach Westfälische Nachrichten vom 14.10.1992, S. 1.

22 „Energy in the Executive is a leading character in the definrion of good government“, so Alexander Hamilton, „The Federalist“ (1787/88), Nr. 70, Hrsg. E. M. Earle, Washington D. C. o. J., S. 454.

23 Norbert Blüm, „Die Macht des Staates - ein deutsches Tabu“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. 08.1992, S. 28.

24 „Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat“, München/Wien 1981, S. 23.

dermaßen größer ist als ihr Freiheitsverlangen? Von den Gesellschaftswissenschaften sind kaum Antworten zu erwarten. Diese ignorieren seit längerem derartige Alltagsbanalitäten, wie es der Soziologe Bernhard Giesen in einer anspruchsvollen „evolutionstheoretischen Perspektive auf die Postmoderne“ vor einiger Zeit gezeigt hat, die unter dem Titel „Die Entdinglichung des Sozialen“ (Frankfurt/M. 1991) erschienen ist. „Aus postmoderner Sicht verliert die Gesellschaft ihr Gesicht“, heißt es programmatisch.²⁵ Man könne von ihr also auch nicht länger wie von einem wirklichen Gebilde sprechen! Wohl möglich, aber geht es uns dabei nicht wie Alice im Wunderland mit jener erstaunlichen Cheshire Cat? Das Grinsen dieser Zauberkatze existiert noch lange, nachdem alles andere von ihr verschwunden ist.

Regulierung

Klar geworden ist längst, daß Anomie und Asozialität in enger Abhängigkeit voneinander stehen. Da aber Panikbereitschaft und Angst schlechte Ratgeber in allen sozialen Fragen sind, scheint es angeraten, in der Öffentlichkeit die Hobbessche Frage nach der Ordnung gar nicht erst aktuell werden zu lassen. Wer aber den Staat als „Zwangswerk“ vermeiden will, muß ihn offenbar als „Kunstwerk“ pflegen, wie es der liberale Jacob Burckhardt einmal genannt hat. Es braucht sich dabei nicht einmal mehr um einen „integralen Staat“ zu handeln, wie die Juristen ihn so gerne haben wollen. Es darf durchaus jener „katalytische“ Staat als Verhandlungsnetzwerk sein, von dem in den USA im Zusammenhang mit den Regelungsschwierigkeiten einer multikulturellen Moderne seit dem „Kerner Commission Report“ die Rede ist, der auf die urban race wars (Rassenkämpfe) der späten sechziger Jahre reagierte. Nur muß das Allgemeinwohl als Rückbezug und Entscheidungsdimension irgendwie vorstellbar, wenn nicht gar vorhanden bleiben. Das bleibt nicht nur nötig, um Regeln zu setzen und kontrollieren zu können, ohne deren Bereitstellung beziehungsweise Geltung alles beziehungslos und damit chaotisch wird, sondern auch, um überhaupt eine demokratische Filterung des heutigen Pluralismus sicherzustellen.

Staatsgewalt

Schon seit einiger Zeit wird deutlich, daß der Staat nicht länger der einzige Gewaltmonopolist ist, den die Moderne kennt. Die Dezentrierung der Staatsmacht und die damit verbundene Denormierung des öffentlichen Raumes, die sich heute beispielsweise in einer wachsenden Verfilzung beziehungsweise „Mafiosierung der Wirtschaft“ (Erwin Scheuch) ablesen läßt, bedroht zunehmend nicht nur die Allgemeingültigkeit der Regeln, sondern vor allem auch die Rechenschaftspflicht von Macht.

25 Zu der rührenden, wenngleich durchaus selbstironisch zu verstehenden Konsequenz Giesens („Erst der Elfenbeinturm gestattet die kritische Aussicht auf das Ganze“, S. 246) vgl. schon Axel Honneth, „Pluralisierung und Anerkennung. Zum Selbstmißverständnis postmoderner Sozialtheorien, in: Merkur Nr. 580 (1991), S. 624 ff.

Damit sind wir bei den gegenwärtigen Steuerungsproblemen des Staates. Um dessen Rollendefinition in einer „polyzentrischen Gesellschaft“ hat sich der Bielefelder Sozialwissenschaftler Helmut Willke verdient gemacht. In seiner vor kurzem unter dem anspruchsvollen Titel „Die Ironie des Staates“ (Frankfurt/M. 1992) herausgebrachten Untersuchung schildert Willke ebenso erschöpfend wie faszinierend die Schwierigkeiten der Staatstätigkeit im Zeitalter der Vervielfältigung gesellschaftlicher Entscheidungskompetenzen. Seine Arbeit stellt vielleicht die fortgeschrittenste Analyse solcher Steuerungskomplikationen dar, die gegenwärtig auf dem Markt ist. Dabei empfiehlt es sich, das Buch vom pragmatischen Ende her zu lesen. Indem der Autor dort auf die konkreten Nöte der Gegenwart zu sprechen kommt, wird sein Bemühen um eine aktuelle Staatsfunktionstheorie erst überzeugend. Ansonsten scheint sich dieses Anliegen zuweilen in der systemischen Eigenlogik sozialer Erscheinungen zu verlieren. Bei Willke wird erkenntlich, daß es für (soll man wirklich noch sagen) *den* Staat immer schwieriger wird, sich von den privaten beziehungsweise verbandlichen Machtverfügungszentren abzuheben, die sich mittlerweile über die Gesellschaft verteilt haben und unkontrollierbar zu werden drohen.

Eine zeitgemäße Staatstheorie und -praxis muß mithin, auch mit Blick auf das Gewaltmonopol, dem latenten Autoritäts- und Zuständigkeitsschwund begegnen. Dieses Problem gilt es nicht etwa nur im Sicherheitsbereich zu lösen, wenngleich die als Kriminalität hervortretende Regellosigkeit durchaus dazu angetan ist, die seit längerem sichtbare Demonopolisierung der gesellschaftlichen Ordnungskapazität im Staat zu beschleunigen. Dabei haben die mit der deutschen Einigung augenfälligen Neuordnungs- und Interventionserfordernisse die Unabdingbarkeit des Staates als Klärungskompetenz erst jüngst wieder unterstrichen. Aller Deregulierung als Kosten-Nutzeneffektivierung der öffentlichen Hände zum Trotz benötigt die Hochmoderne mehr denn je Steuerungszentren, um die öffentlichen Angelegenheiten nicht den privaten Interessen allein zu überlassen. Wir kommen nicht ohne politische Führung aus, wiewohl jede zeitgemäße Staatsdefinition auf Transparenz und Konsensualität verwiesen bleibt.

Vor diesem Erfahrungshintergrund ergibt sich mithin ein weiterer Problem- und Aufgabenkreis, der hierzulande seit der Wiedervereinigung unübersehbar ist. Es geht nicht nur um die Modernisierung der Staatsstrukturen des zusammengebrochenen Kommunismus, der sich im nachhinein als spätfeudale Diktatur entpuppt hat. Ohne einen funktionierenden Anstaltsstaat läßt sich dort die Zukunft nicht gestalten, so zeigt sich, soziales Chaos wäre vorprogrammiert.

Der heutige Übergangsdruck stellt aber auch besondere Anforderungen an das staatliche Gewaltmonopol. Denn die gesamtgesellschaftliche Transformation ist nicht nur ebenso tempogerecht wie produktiv zu inszenieren. Vor allem sind die mit dieser Umstellung verbundenen Eskalationen in Form von Sozialunruhen, Ausländerfeindlichkeit oder Regelverletzungen aller Art zu

kanalisieren. Diese Aufgabe mutet der politischen Staatsführung mental, finanziell und auch verwaltungs-pädagogisch erhebliche Innovationsaufgaben zu. Es fragt sich also - keineswegs nur mit Blick auf das heutige Kuddelmuddel -, ob die vielen Schwierigkeiten und Sorgen dem öffentlichen Bewußtsein und Leben wieder zu einem angemessenen Staatsverständnis verhelfen? Das gleichwohl, gerade weil es um die postmodernen Gegebenheiten einer funktional-notwendigen Pluralität weiß, nicht sofort wieder dem hierzulande üblichen, eher naiven Glauben an den starken, wengleich armen Staat verfällt?